

Was bringt das Transatlantische Freihandels- und Investitionsschutzabkommen (TTIP)?

Verbraucher-, Umwelt- und Klimaschutzstandards stehen auf dem Spiel

Seit Juli 2013 verhandeln EU-Kommission und US-Regierung über ein als Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) bezeichnetes Freihandels- und Investitionsabkommen. Was steckt dahinter und wie kann es sich auswirken?

T TIP soll die ökonomische Machtbasis der beiden Wirtschaftsblöcke in einer sich wandelnden Welt und zu Lasten der zunehmend an Gewicht gewinnenden Staaten wie Brasilien, China, Indien und Südafrika stärken und ausbauen. Für das Bundes-Wirtschaftsministerium ist TTIP „ein außergewöhnliches gemeinsames Projekt, das erhebliche Wachstums- und Beschäftigungseffekte erzielen kann“¹. Die EU-Kommission verspricht, dass durch TTIP das Bruttoinlandsprodukt der EU jährlich um 0,5 Prozent wachsen soll².

Bloß ein Handelsabkommen?

TTIP ist einerseits ein Freihandelsabkommen, bei dem es um den Abbau von Zöllen und anderen Handelsbeschränkungen geht. Darunter sind Einfuhrverbote, technische Normen, Kennzeichnungspflichten oder sonstige Auflagen an Güter und Dienstleistungen zu verstehen. Da die Zölle zwischen den beiden Handelsblöcken vergleichsweise gering sind, stehen Regulierungsfragen, also die Angleichung der Standards, im Vordergrund. Ein weiteres Ziel von TTIP – darauf verweist das „I“ in der Abkürzung – sind die geplanten Regelungen für bilaterale In-

vestitionen und deren Schutz, darunter auch die Schaffung eines Rechtsrahmens für den Schutz der Konzerninteressen bei Investitionen auf der anderen Seite des Atlantiks. Von einer globalen Verantwortung für die immense Ressourcenanspruchnahme, die geplante Zunahme an Transporten und der – abzuleitenden – Verpflichtung für Umwelt- und Klimaschutz sowie globale Gerechtigkeit reden die beiden Verhandlungsparteien allerdings nicht.

Aushöhlung strenger Standards?

TTIP nährt die Befürchtung, dass in vielen Fällen die inzwischen schwächeren US-Umweltstandards die strengeren Normen der EU aushöhlen werden. Vor allem die Vorstöße von Lobby-Verbänden der Wirtschaft, wie auch durchgesickerte Dokumente zeigen, dass TTIP ein Frontalangriff gegen bei Konzernen unbeliebte Schutzstandards ist, und dass dieser Angriff auf beiden Seiten des Atlantiks Unterstützung findet.

Durch die TTIP Verhandlungen haben Chlorhähnchen, gentechnisch veränderte Organismen (GVOs), Wachstumshormone und Futterzusätze erhöhte mediale Aufmerksamkeit erfahren. Sie sind diesseits des Atlantiks verboten oder streng reguliert, gehören aber in den USA zur gängigen Landwirtschaftspraxis. Eine von Greenpeace in Auftrag gegebene Analyse der Interessen von rund 30 im Agrar- und Lebensmittelbereich tätigen US-Lobbyverbänden und Firmen zeigt, dass im Rahmen der TTIP-Verhandlungen europäische Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz, die den Export



Das relative Gewicht der EU und der Vereinigten Staaten in der Welt im Jahr 2011

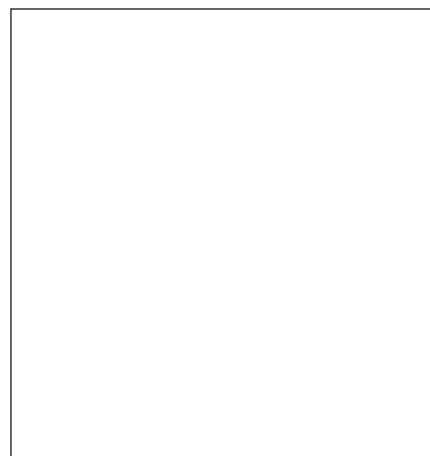
Quelle: BMWI <www.bmw.de/DE/Themen/aussenwirtschaft,did=598684.html>

von US-Waren beeinträchtigen, „geschliffen“ werden sollen.

Hierzu ein Beispiel unter vielen: So kritisiert die American Soybean Association (ASA), dass die EU-Maßnahmen zur Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von GVOs für den Rückgang der Soja-Exporte der USA verantwortlich seien. Die ASA fordert die US-Regierung auf, diese Missstände durch Angleichung der EU-Standards an die US-amerikanischen im Rahmen der TTIP-Verhandlungen zu beseitigen³.

Dreckige Energie auf dem Verhandlungstisch

Auch Energie- und Klimafragen werden eine wesentliche Rolle in den TTIP-Verhandlungen spielen. So seien die Pläne der EU, importiertes Öl aus Teersanden an Nachhaltigkeitsstandards zu messen, aus Umweltsicht nicht zu rechtfertigen und könnten



ein Handelshemmnis für die Öl-Ausfuhr aus den USA darstellen – so der republikanische Abgeordnete Brady an Handelsminister Froman. Dieser versicherte Brady, dass die USA Verbesserungen „in the EU's overall regulatory practices“ durch die TTIP-Verhandlungen erreichen wollen. Bereits vor einigen Monaten hatten US-Wirtschaftsverbände dem EU-Kommissar für Klimapolitik einen Brief geschickt, in dem sie androhten, die US-Regierung aufzufordern einen Handelsstreit bei der WTO gegen die EU zu starten, sollte der EU-Vorschlag angenommen werden⁴.

Fracking hat die Energiesituation der USA deutlich verändert und das Land weniger abhängig von Energieimporten gemacht. Das so gewonnene Flüssiggas könnte auch nach Europa exportiert werden und damit Europas Energieabhängigkeit von östlichen Quellen reduzieren. Bisher ist die Fracking-Technologie in Europa eher umstritten und der Flüssiggas-Export aus den USA durch Lizenzauflagen beschränkt. Diese Auflagen könnte TTIP aber zu Fall bringen: „Weil US-amerikanische und europäische Unternehmen, einschließlich der Energiefirmen, auf beiden Seiten des Atlantiks massiv investiert haben, vertreten die Verhandlungs-



TTIP-Kritik war auch Thema auf der Agrar-Demo „Wir haben es satt!“ am 18. Januar 2014 in Berlin. Fotos (2): Jürgen Knirsch

Welche Standards bedroht TTIP

Eine unvollständige Auswahl:

- Verbraucher- beziehungsweise Gesundheitsschutzstandards (Einsatz von Gentechnik und wachstumssteigernden Substanzen in der Tierzucht, Hygienemaßnahmen beim Schlachten, Pestizidrückstände)
- Umwelt- und Klimaschutzstandards (vor allem EU-Chemikalienrichtlinie REACH, Umweltauflagen für (Bio-) Kraftstoffe und Fracking)
- Kernarbeitsnormen und Arbeits(schutz)standards
- Datenschutzbestimmungen und Netzfreiheit
- Auflagen für Banken
- Daseinsvorsorge (zum Beispiel Wasserwirtschaft)
- nationale Kultur (zum Beispiel Buchpreisbindung)

fürher der USA und der EU im wesentlichen dieselben Konzerninteressen⁵.“

Damit ist die Liste der Bedrohungen bei weitem noch nicht abgeschlossen. Existierende wie geplante EU-Umweltgesetzgebungen haben bereits oder werden Bedenken hervorrufen, sie seien Handelshemmnisse.

Ein transatlantischer Regulierungsrat?

Die Reaktion der EU-Kommission auf den am 16. Dezember 2013 geleakten Vorschlag⁶ der Kommission zu einer „regulatorischen

Kooperation“ kam postwendend und zeigt, wie gereizt die Kommission inzwischen auf die Veröffentlichung von geheimen Verhandlungspapieren reagiert. Nach dem Motto „Diffamierung ist die beste Verteidigung“ wurde die für das Durchsickern verantwortliche NGO Corporate Europe Observatory (CEO) erst einmal als „Anti-trade and anti-business lobby group“ charakterisiert, um dann CEO die Widersprüche im Kommissions-Papier zur Last zu legen. In der Tat führt das nun bekannt gewordene Papier das Recht der beiden Verhandlungspartner auf, ihre eigenen Standards zu setzen. Aber das

Dokument plädiert auch für die Einführung eines transatlantischen Regulierungsrates, der – über den Parlamenten auf beiden Seiten des Atlantiks stehend – relevante Vor-Entscheidungen zu Standards treffen soll⁷.

Drei Gründe gegen TTIP:

Drei weitere gewichtige Gründe sprechen gegen bilaterale Handels- und Investitionsregelungen à la TTIP:

- Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt, und wichtige Verhandlungsdokumente bleiben geheim. Auch die Ende Januar 2014 eingerichtete vierzehnköpfige TTIP Advisory Group wird dem Anspruch der Kommission auf engen Dialog und Austausch mit allen Stakeholdern nicht gerecht. Während die Zivilgesellschaft bestenfalls vage und im Nachhinein informiert wird, haben die Vertreter der Konzerne und Wirtschaftsverbände bereits vor dem Start der Verhandlungen einen intensiven Austausch mit der EU-Kommission gepflegt.
- Die TTIP-Verhandlungen werden nach dem „single undertaking“ Verfahren („gemeinsames Unterfangen“) durchgeführt, bei dem alle Verhandlungspunkte parallel verhandelt, aber an einem gemeinsamen Stichtag abgeschlossen werden. Ein Nachverhandeln oder Verbessern einzelner Punkte ist nach diesem Stichtag nicht mehr möglich. Deshalb bleiben



dem EU-Parlament, dem US-Kongress und den nationalen Parlamenten auch nur die Möglichkeit einer totalen Ablehnung des Abkommens oder der Zustimmung zum Abkommen, nicht aber die einer Veränderung und Verbesserung strittiger Punkte.

- Durch TTIP soll der so genannte „Investor-Staat-Streitschlichtungsmechanismus (ISDS)“ Konzernen auf beiden Seiten des Atlantiks zugänglich gemacht werden. Dieses auch als „private Streitschlichtung“ bezeichnete Verfahren ermöglicht einem ausländischen Investor, einen Rechtsstreit gegen einen Staat (oder eine internationale Organisation wie die EU) zu führen und gibt privaten Investoren die Möglichkeit, rechtmäßige Gesetze der EU oder der USA vor einem Ausschuss „privater“ Schiedsrichter anzufechten und durch Ankündigung kostspieliger Schiedsverfahren unzulässigen Druck auf Gesetzgebungsprozesse auszuüben.

TTIP verhindern

Eine transatlantische Partnerschaft sollte auf Demokratie, Transparenz und Schutz von Umwelt-, Arbeitnehmer- und kulturellen

Rechten beruhen. Doch TTIP ist eine Regulierungsagenda der Konzerne, denen mit der Option von Investor-Staat-Klagen noch ein weiteres Instrument zur Abschwächung von Standards an die Hand gegeben wird. Transparenz und demokratische Mitwirkung bleiben draußen vor.

Wer einen starken Umwelt-, Verbraucher- und Klimaschutz in der EU wie in den USA will, dem bleibt nur eine Option: TTIP zu verhindern. Glücklicherweise gibt es gegen das Abkommen breite Kritik. Das Bündnis „TTIP unfairhandelbar“ bündelt einen wesentlichen Teil der Kritik an diesem Abkommen.

Jürgen Knirsch
(Jürgen Knirsch beschäftigt sich mit Handels-, Umwelt- und Entwicklungsfragen und arbeitet seit 1999 bei Greenpeace.)

Quellen:

- 1) www.bmw.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/Handelspolitik/Europaeische-Handelspolitik/freihandelsabkommen,did=613270.html
- 2) trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/march/tradoc_150737.pdf
- 3) American Soybean Association: Siehe Response to USTR request for comments on TTIP (2013-05-10) www.regulations.gov/contentStreamer?objectId=09000064812cb0c1&disposition=attachment&contentType=pdf und www.regulations.gov/contentStreamer?objectId=09000064812d83b5&disposition=attachment&contentType=pdf
- 4) www.huffingtonpost.com/2013/09/24/michael-froman_n_3984115.html, vergleiche auch www.huffingtonpost.com/carl-pope/beyond-incoherent_b_4494077.html
- 5) www.euractiv.com/trade/eu-us-trade-talks-usher-cheaper-news-532380
- 6) corporateeurope.org/sites/default/files/ttip-regulatory-coherence-2-12-2013.pdf und auch trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1001
- 7) corporateeurope.org/trade/2013/12/regulation-none-our-business

Webtipps

Auf der Homepage des Bündnisses „TTIP unfairhandelbar“ finden sich Positionspapiere und Analysen, siehe: ttip-unfairhandelbar.de/

Die deutschen Spitzenkandidaten der Grünen für die Wahlen zum Europäischen Parlament haben auf www.ttip-leak.eu/ das Handlungsmandat veröffentlicht.

Die Homepage zur privaten Streitschlichtung und Investorenschutz in den Abkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) **eu-secret deals.info** beinhaltet für beide Abkommen die bisher durchgesickerten Texte und die entsprechenden Analysen dazu.

Welche Lebensmittel- und Umweltstandards geschliffen werden sollen, erläutert Greenpeace unter: www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20130613-fs-ttip.pdf

Dass schon im Vorgriff auf TTIP Standards ausgehöhlt werden, macht die EU-Haltung gegenüber dem Umgang mit endokrinen Substanzen klar: www.pan-germany.org/download/pestizid-brief/PB15_ED-Biozide_131218.pdf